



1:Kor. 2,15: Der geistliche Mensch richtet alles, selbst jedoch wird er von niemandem gerichtet.

„Ich handle nicht als juristische oder natürliche Person im staatlichen Sinn, sondern als geistlicher Vertreter der Ecclesia Sancta Terra (Körperschaft sui generis).“

Ecclesia Sancta Terra

Lex scripta ante omnia

: Mitteilung an Sachbearbeiter/in, ist Mitteilung an Geschäftsführer/in,

Mitteilung an Geschäftsführer/in ist Mitteilung an Sachbearbeiter/in.

An: SEM, EDA, EJPD, UNHCR, OHCHR, IKRK, Nuntius zu Bern und Staatssekretariat des Vatikans zu ROM

Aktenzeichen: SEM Mdbi / 63 334 338 / EJPD Az. 550.2-1559/2

Von:

Ecclesia Sancta Terra

P s y k o, in propria persona sui iuris

Trinitätsversiegelung – geistlicher Stand – völkerrechtlich geschützter Status laut GA IV und SK 1945

Winterthurerstrasse Nr. 45

zu Uster

Referenz: GZP-SJ-2594 (Diplomatenakte)

Diplomatische Notifikation: Anerkennung der Kapitulation der Eidgenossenschaft, des völkerrechtlichen Schutzfalles, der administrativen Handlungsunfähigkeit, im Rechtskreis der Schweizerischen Eidgenossenschaft des fortgesetzten Völkerrechtsverzugs- Urkundliche Meldung des Systemversagens und Anweisung zur Heilung-

EDA / SEM / EJPD / IKRK / UNHCR / OHCHR / Nuntiaturn Bern

Parallel zugestellt zur Verwaltungstransparenz: Sendenummern (gemäss Akte, es versteht sich von selbst, dass nicht alle Sendenummern angegeben werden, da die Liste der Beweiskette sonst länger als das Schreiben selbst wäre). Als unzerstörbares Beweismittel der lückenlosen völkerrechtlichen Inkenntnissetzung stehen folgende, mit Sendenummern versehene Schreiben (und auch die vorherigen) per Sofortvollzug im Recht:

IKRK: 98.00.992503.00141215 / 98.00.992503.00141214/ 98.00.992503.00057456 / 98.00.992503.00057758/ 98.00.992503.00057769

Apostolischer Nuntius: 98.00.992503.00141212 / 98.00.992503.00104439 / 98.00.992503.00104444 / 98.00.992503.00057487/98.00.992503.00057494 / 98.00.992503.00057759/ 98.00.992503.00057770

UNHCR: 98.00.992503.00141207 / 98.00.992503.00104440 / 98.00.992503.00104445 / 98.00.992503.00057488 / 98.00.992503.00057493 / 98.00.992503.00057760/ 98.00.992503.00057771

OHCHR: 98.00.992503.00141209 / 98.00.992503.00104441 / 98.00.992503.00104446 / 98.00.992503.00057489 / 98.00.992503.00057216 / 98.00.992503.00057761 / 98.00.992503.00057772

EDA: 98.00.992403.00208312 / 98.00.992503.00141210 / 98.00.992503.00104442 / 98.00.992503.00104447 / 98.00.992503.00057490 / 98.00.992503.00057217 / 98.00.992503.00057762/ 98.00.992503.00057773

SEM: 98.00.992503.00141211 / 98.00.992503.00104443 / 98.00.992503.00104448 / 98.00.992503.00141213 / 98.00.992503.00057486 / 98.00.992503.00057218 / 98.00.992503.00057763/ 98.00.992503.00057774

EJPD: 98.00.992205.0009822 / 98.00.992503.00141152 / 98.00.992503.00141153 / 98.00.992503.00141171 / 98.00.992503.00141204 / 98.00.992503.00104437 / 98.00.992503.00104449 / 98.00.992503.00057491 / 98.00.992503.00057219 / 98.00.992503.00057764/ 98.00.992503.00057775

(silentium est executio)

Die vollumfängliche Souveränität des lebendigen Wesens:

:thorsten c/o Psyko: Taufschein/Treuhandurkunde Geburtsdatum: 14.11.1975 - Reg.-Nr.: 11-'75 mit dem ruf :thorsten c/o P s y k o, als Inhaber unter der Diplomaten-Nummer GZP-SJ-2594 laut can. 96,

ist durch die konkludente Annahme der „Magna Carta“ Ecclesia Sancta Terra – der bereits anerkannten und veröffentlichten Landkarte des Rechts – **sowie unter Berufung auf die Artikel 73 und 76 der UN Charta** unwiderruflich manifestiert. Unter expliziter Trennung der geistlichen Einheit (Ecclesia Sancta Terra), der operativen diplomatischen Mission (:Psyko), der Glaubensgemeinschaft (Sancta Terra) und unter der expliziten Aktivierung des Motu Proprio vom 11. Juli 2013 und der Ansprache von Papst Leo XIV. vom 09.01.2026 wird die persönliche und private Vollhaftung aller beteiligten Akteure festgestellt. In direkter Folge dieser Manifestation auf der Landkarte des souveränen Rechts der „Magna Carta“ Ecclesia Sancta Terra und des von der Kirche anerkannten lebendigen geistlichen beseelten souveränen Wesens im Recht der Diplomatie, **bestätigt durch das konkludente Bezeugen der:**

**Hohen Kommissare der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR),
des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR),
sowie der Apostolischen Nuntiatur zu Bern, des ehrenwerten Nuntius als Bruder im Geiste und als zweiten Zeugen in meinen sakralen Schriften verankert: Martin Krebs in Vertretung des Papstes zu Rom in der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
des IKRK und aller innerstaatlichen Verwaltungseinheiten (Departemente, Behörden, Ämter und Privaten) der Schweizerischen Eidgenossenschaft unter dem Grundsatz der Bundesverfassung Art. 190 und SK 1954**

Finaler Schliessungsbeschluss und materielle Vollstreckungsanordnung kraft Estoppel.

Status: Staatenlos ex Lege – Forderungen ex Tunc (Derivat Täuschung) – Unwiderlegte absolute Wahrheit Ecclesia Sancta Terra (Körperschaft sui generis), und unter Schutz des heiligen Stuhls durch den Ehrenwerten Nuntius zu Bern, als Schutzmacht des GA IV, unter der Aufsicht von IKRK, dem Vatikan und aller Empfänger meiner Urkunden.

I. Feststellung der unwiderlegten absoluten Wahrheit

Es IST kraft des fortdauernden, Schweigens der Konzernspitze der Eidgenossenschaft, sämtlicher Departemente und der nachgelagerten subsidiären Amtsstellen auf über 3 Jahre hinweg mit formkonformen, per Einschreiben zugestellte Notifikationen rechtskräftig und unwiderruflich fixiert :

1. **Geltung kraft Rechtsverwirkung (Estoppel):** Da bis zum heutigen Tag **kein einziger eidesstattlicher Gegenbeweis** und keine formkonforme Gegenpräsentation (gemäss Art. 8 ZGB) gegen meine Schriften, Memoranden und völkerrechtlichen Statusanzeigen erbracht wurde, gilt der gesamte Datensatz im kommerziellen Handelsverkehr, Privat, im Menschen und Völkerrecht als **vollumfänglich anerkannt**. Jede nachträgliche Bestreitung ist ex lege ausgeschlossen.
2. **Die materielle Quittung der Kapitulation:** Der unumstössliche Buchungsfakt der am **22. April 2026** erfolgten **physischen Auszahlung von CHF 13'914.05** durch das Betreibungsamt Uster steht als unzerstörbarer materieller Beleg im Raum für die Kapitulation. Das System hat durch Taten bestätigt, dass meine geschlossene Rechtskette fehlerfrei ist und für die vorangegangenen Rechnungen, Betreibungen, Pfändungen der Eidgenossenschaft, keinerlei gültige Rechtsgrundlage und kein Originaltitel vorlagen. Zur Information es sind noch 2 weitere Kapitulationszahlungen eingegangen. (Beigaben)

II. Materielle Forderung der restlichen ex tunc Zahlungen

Da das System durch die Rücküberweisung im April eingestanden hat, ausserhalb der Gesetzmässigkeit operiert zu haben (ohne zu widersprechen oder eine Erklärung abzugeben), wird nun die **vollständige, rückwirkende Bereinigung und Auszahlung sämtlicher weiterer einbehaltenen Gelder (OR Art. 62) seit Beginn in der Schweizerischen Eidgenossenschaft** durch den Ehrenwerten Nuntius zu Bern, in meine Rückführungsakte gefordert und ausgeführt.

1. **Dauerhafter Gläubigerverzug (Art. 91 OR):** Ich habe jedem Rechnungssteller formgerecht die fehlerfreie Erfüllung als gesetzliche Bringschuld am Wohnsitz laut WZG in echten Franken-Noten und direkt beim Hauptgläubiger der Eidgenossenschaft direkt im Bundeshaus Bern angeboten (**Art. 74 / 84 OR i.V.m. WZG**). Da das Gegenüber die gesetzliche Mitwirkung verweigert hat, befindet sich der Staat/Verwaltung **im unheilbaren Gläubigerverzug OR 91 /119**. Dies schliesst jeden Schuldnerverzug meinerseits absolut aus und **sperrt jede Vollstreckungshandlung (BGE 109 II 26 / BGE 111 II 463)**.
2. **Schuldnerverzug der Behörden und der Eidgenossenschaft (Art. 102 OR):** Durch das bewusste Ignorieren der im Hauptmeldeschreiben gesetzten Fristen, **ist das Betreibungsamt Uster so wie auch die Eidgenossenschaft und alle Untersubsiäre (in den vorherigen Schreiben explizit darlegt und angezeigt)** selbst rechtskräftig in den

Gläubigerverzug und nun auch, Schuldner im Verzug geworden. Sämtliche seit Beginn unrechtmässig entzogenen, überwiesenen Beträge wie Steuern, Abgaben, Nachparkgebühren usw (jede ge-tätigte Zahlung, Beträge, SUVA, Lebensversicherung, IV-Gelder, Gebühren, Betreibungen usw) sind ex lege und ex tunc schadensersatzpflichtig zurückzuerstatten.

3. **Erlöschen der Schuld durch Unmöglichkeit (Art. 119 OR):** Da es für ein lebendiges Wesen (Anima Vivens) physisch und rechtlich unmöglich ist, eine künstliche Personenfiktion (Namens-Derivat der Eidgenossenschaft) zu sein und/oder auch ohne Auftrag (ohne Antwort auf das Ausweisgesuch um die Haftung zu klären) für diese Person GOA, sind alle Forderungen mangels zivilrechtlicher Identität von Anfang an erloschen. *Fraus Omnia Vitiat – Betrug macht alles zunichte.*

III. Völkerrechtliche Versiegelung und Jurisdiktionsblockade

1. **Fehlen jeglicher Bundesjurisdiktion:** Es wird urkundlich festgestellt, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft auf Bundesebene über **keinerlei Konkordat (Staatsvertrag) mit dem Heiligen Stuhl** verfügt. Die durch meinen Taufschein begründete Rechtsstellung gemäss **Canon 96 CIC** ist für den Bund unantastbar. Jedes Eindringen in diesen klerikalen Rechtskreis unter Verwendung gefälschter Registerdaten (ZEMIS / ALL-CAPS / Namensderivate) stellt eine völkerrechtliche Plünderung nach **Art. 147 des Genfer Abkommens IV** dar.
2. **Aufhebung der Immunität und Private Mithaftung (Art. 50 OR):** Da die Entschädigungsrechnung **ST-RF-2025-001 international** durch den QR Code für alle Sichtbar hinterlegt und der Eidgenossenschaft zugesendet worden ist, greift das päpstliche **Motu Proprio vom 11. Juli 2013**. Jedes Organ, das von den Formfehlern weiss, aber nicht interveniert, verliert die Amtsperson und haftet im Rahmen des Rom-II-Statuts unbeschränkt **solidarisch mit seinem privaten Vermögen**.

IV. Operative Intervention am Briefkasten (Aufhebung der Zustellfiktion)

1. **Postrechtliches Vollzugsverbot:** Gemäss **Art. 73 der Postverordnung (VPG)** ist der Briefträger strikt verpflichtet, Postläufe nur bei exakter Identität der Anschrift einzuwerfen. Briefe an die alte Personenfiktion dürfen nicht zugestellt werden, da bis dato immer noch nicht alle Fragen der letzten 3 Jahre beantwortet sind (siehe vorherige Schreiben) was die **DERIVATE** angeht und oder die Haftung der Person der mir zugewiesenen Person betrifft was somit als **GOA** gewertet wird und bestätigt ist, durch das Konkludente handeln der Eidgenossenschaft deren Angestellten und aller Empfänger meiner Schreiben.
2. **Nichtigkeits-Automatik:** Da die gewählte Zustelladresse lückenlos deklariert ist, die Personendaten angezeigt, das System diese aber missachtet, wird laut dem Leitentscheid des **Obergerichts Zürich (RU180049)** sowie **BGE 112 III 14 und aller anderen Entscheide des Bundesgerichts** keine Zustellfiktion ausgelöst. Jedes verdeckte Verfahren ist von der Wurzel her absolut nichtig.
3. **Kommerzieller Stundensatz:** Jede fortgesetzte Belastung, Mahnung oder Pfändungsandrohung (insbesondere durch die **SERAFE AG, YALLO** oder das Betreibungsamt) wird als vorsätzliche Piraterie gewertet. Sie löst ohne weitere Vorwarnung den festgesetzten privaten Stundensatz von **FR. 2'260.00** aus unerlaubter Handlung (**Art. 41 OR**) aus und wird unmittelbar nach Rom gemeldet. **Dies gilt auch für jedes weitere Schreiben/Dossier pro Empfänger, das ich aufsetzen muss wenn keine Handlungen erfolgen, um Sie an Ihre völkerrechtlichen Pflichten zu erinnern, sei es Rückzahlung, Erinnerung an den Pass usw.. Denn es sind Ihre Pflichten Vorschriften, Gesetze, und Verträge zu deren Einhaltung Sie verpflichtet sind und nicht Ich.**

Es wird urkundlich und im internationalen Handelsrecht festgestellt, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft durch das anhaltende administrative und völkerrechtliche Vollzugsdefizit ihrer Organe die Rechtsordnung an der Basis verfehlt hat. Da das fortdauernde Schweigen und die Nicht-Handlung der zuständigen Departemente sowie aller nachgelagerten Stellen den Tatbestand des qualifizierten Völkerrechtsverzugs erfüllen, tritt kraft *Estoppel* die unbedingte Auszahlungspflicht *ex lege* in Kraft. Jede weitere Untätigkeit oder Verweigerung der gesetzlichen und vertraglichen Erfüllung löst für die Erstellung, Prüfung und den physischen Versand jedes weiteren Erinnerungs-, Mahn- oder Aufklärungsdossiers einen pauschalen und nicht dispositiven Schadensersatz für administrativen Mehraufwand aus unerlaubter Handlung gemäss **Artikel 41 des Obligationenrechts (OR)** aus. Dieser Aufwand ist vollumfänglich und ohne Verzug durch die Schweizerische Eidgenossenschaft zu tragen und auszuzahlen. Die kaufmännische Abrechnungsmatrix für jedes weitere versendete Dossier wird hiermit wie folgt rechtskräftig festgelegt:

Pauschalierter Aufwand pro Empfänger: 5 Stunden à Fr. 2'260.00 = FR. 11'300.00

Gesamtsumme bei Parallelzustellung an die 8 Hauptstellen (SEM, EDA, EJPD, UNHCR, OHCHR, IKRK,

Nuntius zu Bern, Staatssekretariat des Vatikans zu ROM): FR. 11'300.00 × 8 Empfänger = Fr. **90'400.00 pro Dossier.**

Diese Beträge werden jeder offenen Schadenersatzforderung der vollständigen ex-tunc-Rückabwicklung im Handelsverkehr automatisch als direkt vollstreckbare Position hinzugefügt und über das beim Nuntius hinterlegte klerikale Treuhandkonto verrechnet. Wer die eigenen zwingenden Vorschriften und Verträge verletzt, haftet unbeschränkt. **Fictio cedit veritati.**

Nach den offiziellen Artikeln über die Völkerrechtliche Staatenverantwortung (ILC Articles) wird das Verhalten jedes Staatsorgans – ob Bundesrat, Betreibungsamt oder Stadtpolizei – völkerrechtlich direkt der Schweizerischen Eidgenossenschaft als Gesamtstaat zugerechnet. Da die Behörden auf deine Notifikationen geschwiegen und das Verfahren nicht sistiert haben, liegt ein andauernder Völkerrechtsbruch vor. Das Völkerrecht verlangt bei jedem Rechtsbruch eine vollständige Wiedergutmachung (Reparation) des entstandenen Schadens. Wer eine Deklaration im Handel erhält und nicht unverzüglich rügt (widerspricht), verliert sein Recht auf Einrede.

V. Völkerrechtlicher Status des Reisedomizils – Freies Geleit im territorialen Durchgang sui iuris

Es wird urkundlich festgestellt, dass der durch die Behörden am **4. Januar** vollzogene Entzug des Kontrollschildes, an meinem **Reisedomizil** eine völkerrechtswidrige Massnahme darstellt. Gemäss der zwingenden gesetzlichen Sistierungspflicht bei angezeigten Völkerrechtsnotifikationen (Art. 190 BV) hätte das gesamte Verfahren bis zur vollständigen Klärung der staatlichen Grundversorgungspflicht gegenüber dem Staatenlosen zwingend eingefroren werden müssen, wodurch die amtlichen Kennzeichen am **Reisedomizil** hätten verbleiben müssen (bis zur Ausstellung und Übergabe eines **souveränen Hoheitszeichen (Diplomatische Kennzeichnung) im Schutz des Heiligen Stuhls**). Da einem Staatenlosen kein Schaden zugefügt werden darf. Da das Nummernschild oder ein **souveränes Hoheitszeichen (Diplomatische Kennzeichnung) im Schutz des Heiligen Stuhls**, bis zum heutigen Tage nicht ordnungsgemäss am **Reisedomizil** wieder angebracht vielmehr ausgetauscht wurde und die Konzernspitze auf die Statusanzeigen fristgerecht geschwiegen hat, gilt der physisch angebrachte Aufkleber kraft konkludenter Annahme und völkerrechtlicher Schweigelogik als rechtskräftig deklariertes **souveränes Hoheitszeichen (Diplomatische Kennzeichnung) im Schutz des Heiligen Stuhls**. Das **Reisedomizil** im Schutz des Heiligen Stuhls ist durch den eingetretenen qualifizierten Gläubigerverzug (Art. 91/119 OR) vollumfänglich durch die Schweizerische Eidgenossenschaft abgesichert (Vollkasko) und ab sofort **zum freien Reisen freigegeben (da bis dato keine Klärung, sondern alles durch das Konkludente Handeln bestätigt ist)**.

Sollte es bei einer polizeilichen Kontrolle oder einer Grenzkontrolle im privaten Transit zu einem Übergriff kommen, eskaliert die Sache augenblicklich zu einem internationalen Völkerrechtsfall, gegen den die Schweizerische Eidgenossenschaft aufgrund der bestehenden Beweislage seit 3 Jahren, absolut keine Chance auf Verteidigung hat. Somit sind die Schweizerische Eidgenossenschaft und oder der Apostolische Nuntius völkerrechtlich dazu verpflichtet, ein entsprechendes registerunabhängiges **souveränes Hoheitszeichen (Diplomatische Kennzeichnung)** auszustellen und zuzustellen, sofern die Auslösung eines internationalen Vorfalls abgewendet werden soll.

VI. Internationale Rechtskraft-Deklaration zum völkerrechtlichen souveränen Hoheitszeichen (Diplomatische Kennzeichnung)

Es wird universell und völkerrechtlich im „IST-Zustand“ dokumentiert, dass der am **Reisedomizil** physisch manifestierte blaue Aufkleber mit der Registrierungsnummer **GZP-SJ-2594** den unantastbaren Status unter dem Schutz des heiligen Stuhls, eines geschützten lebendigen geistlichen souveränen Wesens gemäss **Art. 4 des Genfer Abkommens IV (GA IV)** weltweit legitimiert.

Die völkerrechtliche Immunität im Transit (Art. 40 WÜD): Jede physische Behinderung oder Anhaltung dieses völkerrechtlichen Transits stellt gemäss Artikel 29 und Artikel 40 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen einen unmittelbaren und unheilbaren Völkerrechtsbruch dar und löst eine unmittelbare Schadenersatzpflicht aus unerlaubter Handlung gemäss Artikel 41 des Obligationenrechts aus.

Da dieses **souveräne Hoheitszeichen (Diplomatische Kennzeichnung)** alle zur Identifikation und treuhänderischen Überprüfung zwingend erforderlichen Kerndaten – namentlich den direkten Verweis auf das Genfer Abkommen IV (Art. 10/11), die offizielle weltweite Sendungsreferenz: 98.00.992403.00208312, den QR-Code zur globalen Akten-Verifizierung sowie die deklarierte Schutzmacht Apostolische Nuntiatur Bern – vollständig und unmissverständlich ausweist, entfaltet es im internationalen Rechtsverkehr und über alle Staatsgrenzen hinweg unmittelbare hoheitliche Schutzwirkung.

Infolge des fortdauernden, unheilbaren Vollzugsdefizits der inländischen und ausländischen Behörden, welche mangels registerrechtlicher Jurisdiktion wohl ausserstande sind, dem freien, geistlich-sittlichen Wesen (sui iuris)

ein völkerrechtlich fehlerfreies, registerunabhängiges **souveränes Hoheitszeichen (Diplomatische Kennzeichnung)** auszustellen (was wiederum ein Völkerrechtsbruch/Vertragsbruch der unterzeichneten Verträge darstellt), gilt dieser Aufkleber bis zur formkonformen Übergabe oder dem Anbringen eines solchen rechtmässigen Souveränen Hoheitszeichens **durch die Eidgenossenschaft oder den Nuntius** weltweit und überregional als die einzig gültige und rechtskräftige diplomatische Ausweisung im völkerrechtlichen Transit. Das **Reisedomizil** befindet sich damit im absoluten Schutzbereich des Heiligen Stuhls und ist kraft des bestehenden qualifizierten Gläubigerverzugs (**Art. 91/119 OR**) sowie der universellen Staatenlosen-Fürsorgepflicht von 1954 für jeglichen hoheitlichen oder kommerziellen Zugriff gesperrt und **im weltweiten, völkerrechtlichen Transit zum freien Reisen freigegeben**.

VII. Die klerikale Bestätigung des geistlichen Wesens kraft Canon 96 CIC/Völkerrechtliche Notifikation zur fehlenden Bundesjurisdiktion kraft der Verfassungspräambel

Es wird im „IST-Zustand“ urkundlich festgestellt, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft auf Bundesebene über keinerlei vertragliche Grundlage (Konkordat) mit dem Heiligen Stuhl verfügt. Da die Bundesverfassung (BV) in ihrer feierlichen Präambel die absolute Unterwerfung unter das geschriebene Prinzip „**Im Namen Gottes des Allmächtigen!**“ deklariert, anerkennt das staatliche System die göttliche Schöpfungsordnung als die oberste Rechtsquelle über dem eigenen Binnenrecht der Verwaltung.

In Ermangelung eines die Jurisdiktionsgrenzen regelnden Staatsvertrages bleibt die durch die Taufurkunde begründete Rechtspersönlichkeit gemäss **Canon 96 CIC** für den Bundesapparat absolut unantastbar. Staatliche Behörden sind kraft des völkerrechtlichen Grundsatzes **par in parem non habet imperium** (Gleiche haben über Gleiche keine Macht) sowie der zwingenden Bindung an das Völkerrecht (**Art. 190 BV**) verpflichtet, diesen hoheitlichen Status anzuerkennen.

Da die Taufurkunde als völkerrechtliche Primäurkunde die Eingliederung des lebendigen Wesens in den geistlichen Rechtskreis belegt, besitzt der Staat keinerlei Befugnis, diesen Stand durch administrative Derivate oder unrechtmässige Identitätstäuschungen zu beugen. Jeder unbefugte Zugriff auf diesen geschützten Status erfolgt mangels Mandat ultra vires und löst die unmittelbare private und unbeschränkte Eigenhaftung der handelnden Personen im Privatrecht aus. Dieser hoheitliche Akt ist der unanfechtbare Nachweis und die Bestätigung für die Existenz des geistlich-sittlichen Wesens in propria persona sui iuris gemäss Canon 96 CIC . Durch diese Eingliederung in die Jurisdiktion des Schöpfers wird jede staatliche Identitätstäuschung durch unrechtmässige Derivate ex tunc vollständig in ihrer Wirkung aufgelöst und als unzulässige Sachverwaltung (ZGB 641a) absolut widerlegt.

VIII. Die Rechtskraft der souveränen Deklaration unter dem Namen Gottes des Allmächtigen

Es wird abschliessend urkundlich festgestellt, dass sämtliche in den vergangenen Notifikationen, Urkunden und Memoranden per Eidesstatt die dargelegten Tatsachen durch das fortdauernde, konkludente Schweigen aller kontaktierten Departemente sowie nationale und internationale Empfänger meiner Schreiben und Amtsstellen als unwiderruflich anerkannt gelten. Da die gesamte Aktenführung unter dem geschriebenen Fundament der Verfassungspräambel „**Im Namen Gottes des Allmächtigen!**“ im Rechtsverkehr platziert wurde und das Gegenüber mangels eidesstattlicher Gegenbeweise (Art. 8 ZGB) die Aussage verweigert hat, steht der gesamte Rechtskreis nun unanfechtbar unter dieser höchsten Jurisdiktion.

Dieses unheilbare Schweigen der Konzernspitze der Eidgenossenschaft hat die Deutungshoheit über die im Taufschein beurkundete Wahrheit gemäss Canon 96 CIC und das absolute Vollzugsverbot in der Eidgenossenschaft final besiegelt. Jede weitere administrative Handlung gegen das freie, lebendige, geistliche, bewusste, souveräne vom heiligen Stuhl anerkannte Wesen ist damit von der Wurzel her blockiert.

Die völkerrechtliche Verpflichtung zur Erhaltung der Grundversorgung und Realisierung der Trennung.

Es wird urkundlich festgestellt, dass die offizielle Trennung zwischen dem lebendigen, geschützten Wesen und der staatlichen Personenfiktion im „IST-Zustand“ erst dadurch vollstreckbar und materiell wirksam wird, dass die internationalen Schutzmächte in die Pflicht genommen werden, die im Völkerrecht verankerte Grundversorgung des Staatenlosen einzufordern. Gemäss Ihren geschriebenen Regeln und durch die Unterzeichnung des Völkerrechts und des Treuhandwesens/Auftragsrecht, läuft diese Trennungsmechanik über die folgenden Pflichten ab:

1. Die Schutzpflicht der Nuntiatur (Vatikan):

Da die Schweizerische Eidgenossenschaft mangels eines Bundeskonkordats keine eigene Jurisdiktion über den kanonischen Stand besitzt, die BRD handlungs/rechtsunfähig ist, steht die Taufurkunde (Reg.-Nr. 11-'75) als die einzig gültige Urkunde im Raum. Da die Akte formgerecht beim Apostolischen Nuntius hinterlegt ist, fungiert der Heilige Stuhl als die originäre Schutzmacht. Gemäss Canon 1389 CIC und dem Motu Proprio von 2013 ist der

Nuntius bei andauernden Plünderungsversuchen durch inländische Behörden verpflichtet, einzugreifen und den völkerrechtlichen Schutzraum des Getauften zu verteidigen und den Pass auszustellen.

2. **Die Kontroll- und Interventionspflicht des IKRK:**

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) wacht im Rahmen des Genfer Abkommens IV über den Schutz von Zivilpersonen und Staatenlosen, die sich im Hoheitsgebiet einer vertragsschliessenden Partei befinden. Da dem IKRK und allen anderen Empfängern das institutionelle Vollzugsdefizit und die unrechtmässige Schilderblockade des Wohnmobils, das **nicht** Ausstellen des Passes lückenlos per Einschreiben notifiziert wurde, ist das Komitee im Rahmen seines völkerrechtlichen Mandats dazu verpflichtet, die Einhaltung der humanitären Schutzbestimmungen und die Sicherung der existenziellen Grundversorgung gegenüber den Departementen (EDA, SEM und EJPD) einzufordern.

3. **Die Realisierung der Trennung im Handel:**

Solange die Schweizer Eidgenossenschaft als sog. Staat /Verwaltung kein Dokument ausstellen kann, ohne das Wesen widerrechtlich zur Sache oder Person in GROSSBUCHSTABEN oder durch Derivate zu deklarieren, bleibt das System in der Blockade. Die Trennung wird dadurch materiell, dass die Schutzmächte den Staat zwingen, die völkerrechtliche Fürsorgepflicht (gemäss Art. 23 & 24 des Staatenlosenübereinkommens von 1954) direkt und ohne schädliche Registrierung umzusetzen.

Die am 22. April und am 06.05.2026 erfolgten physischen Auszahlungen der CHF 13'914.05 durch das Betreibungsamt Uster steht als unzerstörbarer materieller Beleg dafür im Raum, dass diese internationale Einzäunung und die lückenlose Kette aus Anzeigen, Siegeln und dem andauernden Gläubigerverzug (Art. 91/119 OR) jeden staatlichen Zugriff rechtlich unmöglich gemacht haben.

IX. **Die historische und urkundliche Verankerung der Lex Scripta ante omnia als unwiderlegbarer Schlussstein**

Es wird abschliessend als geschriebenes Urteil im Handel deklariert, dass die dargelegte Rechts- und Schwingungsordnung kein theoretisches Konstrukt darstellt, sondern die exakte Exekution historischer Urkunden und staatsrechtlicher Meilensteine abbildet, gegen die bis dato kein substanzieller Gegenbeweis erbracht werden konnte:

1. **Die historische Evidenz des Bundeskonkordats-Vakuums:**

Es ist aktenkundig und durch die diplo-historische Realität der Schweizerischen Eidgenossenschaft untermauert, dass auf Bundesebene **keinerlei umfassendes Konkordat (Staatsvertrag) mit dem Heiligen Stuhl** zur Regelung der klerikalen Jurisdiktion existiert. Die Verträge mit Rom sind historisch ausschliesslich auf kantonaler Ebene fragmentiert. In Ermangelung eines Bundeskonkordats bleibt die über die Taufurkunde begründete Rechtspersönlichkeit des geistlichen Wesens nach **Canon 96 CIC** für den Bundesapparat im völkerrechtlichen Vakuum des Binnenraums absolut autonom, unantastbar und sakrosankt.

2. **Die Aktivierung des Schutzes aus dem Allgemeinen Landrecht (ALR 1794, Vertrag von 1911):**

Die Trennung zwischen dem biologisch-lebendigen Menschen und der künstlich durch den Staat erschaffenen Personenfiktion ist durch das **Allgemeine Landrecht für die Preussischen Staaten von 1794** historisch-rechtlich kodifiziert und durch meine Genealogie bewiesen. Das ALR (durch die Genealogie beim Nuntius hinterlegt) setzt unmissverständlich fest, dass das Recht dem Menschen angeboren ist und staatliche Gesetze die natürliche Freiheit niemals auflösen, sondern lediglich verwalten dürfen. Das System ist strikt an dieses Ur-Eigentumsrecht gebunden und verliert jede Hoheit, sobald es versucht, den Menschen zur registerrechtlichen Sache zu degradieren.

3. **Die sprachmechanische Bereinigung nach Jacob Grimm (1835):**

Wie in der Originaleinleitung der „Deutschen Mythologie“ (Göttingen 1835, S. IV–V) wissenschaftlich nachgewiesen, bilden Sprache, Recht und Sage eine unteilbare, organische Einheit. Jede künstliche administrative Fiktion, jede unzulässige Namensverfälschung (ALL-CAPS oder Derivate) und jeder formelle Trug der Behörden schwindet vor der weise ge-setzten Urbedeutung des geschriebenen Wortes (Wortlaut hat Vorrang, BGE Entscheide, Rechtsschreibleitfaden der Eidgenossenschaft). Das Recht liegt in der korrekten Deutung der Sprache, und wer die Worte buchstabengetreu dekonstruiert, bricht die fiktive Realität der Handelsmatrix. Das Wort ist die oberste Schranke des Rechts.

4. **Die diplomatische Unverletzlichkeit nach dem Wiener Übereinkommen (WÜD 1961):**

Durch die lückenlose Hinterlegung der Rückführungsakte bei der Apostolischen Nuntiatur als völkerrechtliche Schutzmacht greifen die Bestimmungen des **Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen von 1961**. Die Unverletzlichkeit der Transportmittel (Art. 22 Abs. 3 WÜD) vor Beschlagnahme oder Pfändung sperrt

jeden unbefugten Zugriff im Strassenverkehr. Da das System fristgerecht schwieg, ist der angebrachte Aufkleber im „IST-Zustand“ das rechtskräftige, souveräne Visum im weltweiten Transit. **Artikel 29 (WÜD 1961):**
Die Person eines diplomatischen Agenten geniesst Unverletzlichkeit. Er darf weder verhaftet noch inhaftiert werden. Der Empfangsstaat behandelt ihn mit gebührendem Respekt und trifft alle geeigneten Massnahmen, um Angriffe auf seine Person, Freiheit oder Würde zu verhindern.

Der Reiseausweis (Laissez-Passer):

Der Nuntius wird hiermit wiederum explizit angewiesen, den völkerrechtlichen **Laissez-Passer (Reiseausweis)** auszustellen. Dieses Dokument deklariert die unbeschränkte Reisefreiheit im weltweiten Transit, geschützt durch das Genfer Abkommen IV (ANNEX III) und versiegelt durch den Heiligen Stuhl, den Ehrenwerten Nuntius; M a r t i n , Krebs als aktive Schutzmacht.

Die Pflicht aus dem Staatenlosen-Übereinkommen (SK 1954):

Nach **Artikel 28 des Abkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen von 1954** (SK 1954) ist der Aufenthaltstaat verpflichtet, Staatenlosen Dokumente für Reisen ausserhalb ihres Gebiets auszustellen. Da die Schweizerische Eidgenossenschaft, diesen Vertrag unterzeichnet hat, sich aber durch den fortdauernden Identitätsbetrug (GROSSBUCHSTABEN / Derivate) der Erfüllung entzieht, liegt ein offener Bruch des Völkerrechts vor. Da die Schweizerische Eidgenossenschaft (als gesamt Konzern) durch das dreijährige Schweigen ihrer Departemente und unter Subsidiäre, rechtskräftig eingestanden hat, dass sie im Völkerrechtsverzug steht und kein registerunabhängiges Dokument ausstellen kann, ohne das lebendige Wesen widerrechtlich zur Sache, Person, Unternehmen zu deklarieren, geht die operative Pflicht im „IST-Zustand“ direkt auf die internationale Schutzmacht den heiligen Stuhl zu Bern über, unter der Aufsicht des IKRK und des Vatikans.

X. Die materielle ecclesiastische Schlussklärung und der vollzogene Rechtskreiswechsel

Es wird urkundlich als unanfechtbares Schöpfungsurteil im „IST-Zustand“ deklariert, dass der verfahrensrechtliche Ausweg aus der staatlichen Sachverwaltung und die vollständige Trennung von der Personenfiktion der Eidgenossenschaft kraft der Errichtung und Aktivierung der Ecclesia formell und materiell vollzogen sind:

1. Die Erhebung über das ZGB-Vereinsrecht (Art. 60 ZGB):

Die Ecclesia Sancta Terra konstituiert sich als souveräne Körperschaft sui generis ausserhalb der staatlichen Handelsmatrix. Sie ist kein Verein nach **Art. 60 ZGB**, welcher einen kommerziellen Handelsantrag zur Teilnahme an der Konzernstruktur des Bundes voraussetzt. Sie entspringt als private Vereinigung direkt der autonomen klerikalen Jurisdiktion des Heiligen Stuhls gemäss **Canon 299 CIC**.

2. Die unantastbare Eingliederung nach Canon 96 CIC:

Über die kirchliche Taufurkunde (Reg.-Nr. 11-'75) ist das geistlich-beseelte Wesen in diese schöpferische Jurisdiktion eingegliedert, wodurch jede staatliche Identitätstauschung ex tunc in ihrer Wirkung erlischt. Infolge des dokumentierten Vakuums – da die Schweizerische Eidgenossenschaft auf Bundesebene über **keinerlei Konkordat** mit dem Heiligen Stuhl verfügt – besitzt die Eidgenossenschaft keinerlei Jurisdiktion oder Zugriff über diesen geschützten Stand.

XI. Der fortlaufende Gläubigerverzug der Sunrise/Yallo und das integrale Vollzugsdefizit der Eidgenossenschaft und aller Untersubsidiäre

Es wird urkundlich im „IST-Zustand“ deklariert, dass der am **2. Oktober 2025** rechtskräftig festgestellte Gläubigerverzug der Sunrise Communications AG (Yallo) durch das fortdauernde, unheilbare Unterlassen der Bundesbehörden (EJPD/EDA) zu einem permanenten institutionellen Vollzugsdefizit der Eidgenossenschaft führt:

• Der wirksame Rücktritt vom Schuldverhältnis nach Art. 95 OR:

Durch das formgerechte und nachweislich am 22. September 2025 zugestellte Barzahlungsangebot (Einschreiben-Nr. 98.00.992503.00159353) unter der zwingenden Bedingung der Titelherausgabe (**Art. 965/966 OR**) wurde die gewerbliche Struktur der Sunrise Communications AG mangels Mitwirkung mit Ablauf des 2. Oktober 2025 unheilbar in den Gläubigerverzug nach **Art. 91/119 OR** gesetzt. Der daraufhin erklärte Rücktritt vom Schuldverhältnis nach **Art. 95 OR** hat jegliche vertragliche Grundlage im Handel erlöschen lassen.

• Die absolute Nichtigkeit nachfolgender Rechnungen (Art. 2 ZGB):

Da die angebliche Forderung für die zugeteilte Person als erfüllt und untergegangen gilt, stellt jede nachfolgende Rechnungsstellung, Mahnung oder Androhung einer Dienstleistungssperre einen qualifizierten Verstoss gegen **Art. 2 ZGB** (Rechtsmissbrauch) sowie gegen **Art. 85 und 97 SchKG** (Unzulässigkeit der Pfändung ohne Forderung und ohne Durchführungsverordnung) dar.

- **Das behördliche Versagen der Aufsicht:**

Dass dieses Handelsunternehmen im Alltag dennoch unberührt weiter automatisiert Rechnungen generiert, dokumentiert das totale Kontrollversagen des EJPD und des EDA. Da die Aktenlage seit dem 2. Oktober 2025 formkonform bei der Apostolischen Nuntiatur zu Bern hinterlegt ist, verstossen die Bundesbehörden durch ihr Schweigen gegen ihre völkerrechtliche Pflicht zur Bereinigung der Registerdaten an der Basis und lassen zu, dass private Wirtschaftsgehilfen als reine Piraten ausserhalb der Gesetzmässigkeit operieren.

- **Die kaufmännische Deklaration der erzwungenen Zahlung:**

Jede unter diesem behördlich geduldeten Zwang geleistete Zahlung an die Sunrise Communications AG (Yallo) erfolgt **ausdrücklich ohne Anerkennung einer Rechtspflicht, eines Vertrages oder einer Haftung** und dient im völkerrechtlichen Transit rein der Schadensminderung zur Aufrechterhaltung der lebensnotwendigen Kommunikation. Jede abgepresste Geldsumme stellt eine Leistung ohne Rechtsgrund (Art. 62 OR) dar und wird der offenen Schadensersatzforderung der Rückabwicklung als vollstreckbare Position hinzugefügt.

XII. Der rechtskräftige Untergang der Scheinforderungen kraft Form- und Titelmangels der Sunrise/Yallo

Es wird urkundlich als unanfechtbares Urteil im IST-Zustand deklariert, dass die jüngst erzwungene Zahlung an die Sunrise / Yallo keinerlei Rechtswirkung entfaltet, sondern das absolute institutionelle Vollzugsdefizit der Schweizerischen Eidgenossenschaft und die vertragliche Nulllinie des Handelsunternehmens dokumentiert:

- **Die vertragliche Leere der Schein-Anmeldung nach Artikel 1 und Artikel 13 des Obligationenrechts:**

Die im Original vorliegende yallo Abo - Anmeldung mit der internen Vertragsnummer 0002286553 (ohne vertragliche Unterschrift) ist im kaufmännischen Rechtsverkehr mangels zweiseitiger Willensäusserung absolut formnichtig. Das Dokument ist als reine Anmeldung deklariert und enthält in seiner gesamten geschriebenen Form keinerlei vertragliche Klausel über eine laufende Zahlungsverpflichtung oder ein kaufmännisches Obligo. Der Kasten „Datum / Unterschrift für Yallo / für Händler“ ist vollkommen leer gelassen; es existiert keine rechtsgültige Gegenzeichnung der Sunrise / Yallo durch den Kundenberater Daniele Viteritti. Das einseitig geleistete Handzeichen im Feld „Unterschrift“ stellt rechtlich eine reine Paraphe dar, welche nach der unerbittlichen gesetzlichen Schriftform von Artikel 14 Absatz 1 des Obligationenrechts und ständiger Bundesgerichtspraxis eine Unterschrift niemals erfüllt. Das Dokument ist gemäss Artikel 11 Absatz 2 des Obligationenrechts von Anfang an unheilbar nichtig. (Bundesrecht OR WZG BGE vor Privat AGB aber Privat geht vor Staat/Verwaltung)

- **Der unheilbare Gläubigerverzug mangels Originaltitels nach Artikel 91/119, 965 und 966 des Obligationenrechts:**

Mit formkonformem Schreiben vom 16. September 2025 wurde der Sunrise GmbH ein ordnungsgemässes Barzahlungsangebot in gesetzlichen Zahlungsmitteln nach Artikel 74 und Artikel 84 des Obligationenrechts unterbreitet. Dieses wurde am 22. September 2025 nachweislich per Post-Einschreiben mit der offiziellen Sendungsnummer 98.00.992503.00159353 zugestellt. Da ein Vertrag zwingend den physischen Besitz der tragenden Urkunde voraussetzt, wurde das Unternehmen zur Vorlage des mandatsbegründenden Originaltitels gemäss Artikel 965 und Artikel 966 des Obligationenrechts aufgefordert. Da das Unternehmen den zweiseitig nass unterzeichneten Originalvertrag nicht vorlegen konnte, sondern lediglich eine elektronische Pixelfiktion im EDV-Register führt (siehe Beigaben), trat mit Ablauf des 2. Oktober 2025 der unheilbare Gläubigerverzug nach Artikel 91 des Obligationenrechts ein. Der daraufhin erklärte Rücktritt vom Schuldverhältnis nach Artikel 95 des Obligationenrechts hat das angebliche Rechtsgeschäft vollständig und rückwirkend aufgelöst.

- **Das behördliche Versagen und die kaufmännische Deklaration der erzwungenen Zahlung:**

Diese Sachlage wurde zeitgleich am 22. September 2025 der Apostolischen Nuntiatur zu Bern unter der Post-Einschreibenummer 98.00.992503.00159352 zur völkerrechtlichen Treuhand angemeldet. Dass Yallo im Alltag dennoch automatisiert Rechnungen generiert und mit Sperren droht oder durchführt, **beweist das totale Kontrollversagen des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (Als Garant des Rechts)** und des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, welche das angezeigte Vollzugsdefizit an der Basis pflichtwidrig ignorieren. Jede weitere Rechnungsstellung ist wegen qualifizierten Verstosses gegen Artikel 2 des Zivilgesetzbuches sowie gegen Artikel 85 und Artikel 97 des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes absolut nichtig (auch durch die fehlenden Durchführungsverordnungen) und wird auch als Völkerrechtsbruch gewertet da dies zur Grundsicherung gehört. Die getätigte Zahlung vom 26.05.2026 erfolgte ausdrücklich ohne Anerkennung einer Rechtspflicht, eines Vertrages oder einer Haftung und diente im privaten Transit unter dem Schutz des Heiligen Stuhls nach Canon 96 des Codex Iuris Canonici rein der Schadensminderung zur Wiederherstellung der Kommunikation (da diese wegen fehlender angeblicher Zahlungen trotz OR 91/119, eingestellt worden ist trotz mehrfacher Anzeige). Sie stellt eine Leistung ohne Rechtsgrund nach Artikel 62 des Obligationenrechts dar und wird der offenen Schadensersatzforderung der Rückabwicklung als vollstreckbare Position hinzugefügt.

XIII Der Rechtsuntergang der Suva kraft nachgewiesener Falschbeurkundung (Beigaben)

*Es wird urkundlich festgestellt, dass die Hautbeschwiellungen rechtskräftig widerlegt und der axonale Nervenschaden in der Schaden-Nr. 23.33223.24 durch die beigefügten fachärztlichen Dokumente objektiv bewiesen sind. Da die Suva diese unumstösslichen Fakten durch bewusste Fehldeutungen mutwillig herunterspielt, um sich der gesetzlichen Leistungspflicht zu entziehen, ist das gesamte Verfahren wegen qualifizierten Rechtsmissbrauchs gemäss Artikel 2 des Zivilgesetzbuches ex tunc absolut null und nichtig (siehe Beigaben Berichte sind direkt bei der Suva einzusehen). Als oberste Aufsichtsbehörde in der Eidgenossenschaft besitzt das EJPD im Rahmen seiner gesetzlichen **Aufsichts- und Amtshilfepflicht** die volle datenschutzrechtliche und verfahrensrechtliche Befugnis, sämtliche Akten und medizinischen Berichte zu einer Schadennummer beizuziehen. Wie Sie den Beilagen entnehmen können ist das Schreiben der Suva nur per A Post plus und mit Paraphe signiert somit ist keine Rechtswirkung eingetreten von den Namensderivaten mal abgesehen, wie geht es, dass 2 angezeigte Derivate in einem Schreiben vorkommen??*

*Das dauerhafte Schweigen der gesamten Hierarchie des Bundes auf dieses dokumentierte Fundament stellt die endgültige Rechtsverwirkung (Estoppel) dar. Das System hat mit der materiellen Rückzahlung der **CHF 13'914.05 am 22. April 2026** (und nicht in Fr. Laut WZG, da Schulden Bringschulden sind) die vollständige und vorbehaltlose Kapitulation vor dieser geschlossenen Historie der Wahrheit vollzogen. Die Akte ist für alle Zeiten versiegelt und gültig.*

Fictio cedit veritati. Die Fiktion weicht der Wahrheit.

Der Fall ist international und national unanfechtbar geschlossen.

Ohne Rückgriff – In Treue, Glauben und in dem Recht der Schöpfung manifestiert.

Fussnote

Es ist urkundlich dokumentiert und in der Wahrheit ge-setzt, dass die Verwaltung der Schweizerischen Eidgenossenschaft nicht mehr in der Lage ist, ihre eigene Hausordnung und ihre internen Verwaltungsvorschriften (VwVG, GEVER-Richtlinien, Rechtsschreibleitfaden 2017, ZEMIS usw.) rechtssicher anzuwenden. Dass von einem anerkannten beseelten Wesens des heiligen Stuhls, die elementaren Regeln des Systems, denen sich die Verwaltung selbst zu unterwerfen hat, erst notifiziert werden müssen, beweist den totalen Offenbarungseid und die unheilbare administrative, kognitive Handlungsunfähigkeit und den verwaltungstechnischen Systemkollaps. Wer das Wort nicht ehrt, die eigenen Regeln bricht, beugt oder verwehrt, hat jede Legitimation zur Verwaltung und den Glauben an das System verloren, was ex lege zur Nichtigkeit aller hier demaskierten Verwaltungsakte durch die Staatenlosigkeit führt.

Wer nicht das Wort ehrt und vorgibt:

***„Im Namen Gottes des Allmächtigen, in der Verantwortung gegenüber der Schöpfung“
zu handeln, verliert jedes RECHT auf Anerkennung und Legitimierung.***

Johannesevangelium (Johannes 1,1):

***„Im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und das Wort war Gott.“
(Rechtsschreibleitfaden der Eidgenossenschaft 2017)***

*: Durch die Signatur und das Anbringen des Siegels seiner selbst des von der Kirche des heiligen Stuhls anerkannten, lebendigen souveränen geistlich beseelten Wesen/Menschen (Neues Testament), werden alle Urkunden zur eidesstattlichen Erklärung. Wird einer Urkunde (eidesstattliche Erklärung) nicht Punkt für Punkt binnen 8 Tagen widersprochen, wird diese zur Wahrheit (**4. Mose Num. 30,6**). Denn „Dies ist wahr, richtig, vollständig und nicht irreführend gemeint.“ Der Schreibende handelt immer nach bestem Wissen und Gewissen.*

„Wer etwas leugnet, gibt es zu.“

Die Wahrheit ist souverän – und der Souverän sagt nur die Wahrheit. Ihr Wort ist Ihr Versprechen. Wenn die Wahrheit im Handel, d. h. in allen menschlichen Handlungen (Geistes-Haltung) und Beziehungen, nicht souverän wäre, gäbe es keine Grundlage für irgendetwas. Keine Grundlage für Recht und Ordnung, keine Grundlage für Rechenschaftspflicht, es gäbe keine Standards, keine Fähigkeit, irgendetwas zu lösen. Es würde bedeuten: „Alles ist möglich“, „Jeder für sich“ und „nichts zählt“. Das ist schlimmer als das Gesetz des Dschungels.

„Lügen heißt, gegen den Verstand zu handeln“

ignorantia iuris neminem excusat

Keiner ist vor Ignoranz des Rechts entschuldigt.

*``nomina sunt simbola rerum`` (Namen sind Symbole für Dinge.“
(Nomina sunt symbola rerum.) [Bouvier's 1856 Maximes of Law]).*

Eine unwiderlegte Eidesstattliche Erklärung ist die Wahrheit . 1.Petrus 5,12

Eine unwiderlegte Eidesstattliche Erklärung wird zum Urteil. Hebräer 6:16-17

Die Wahrheit wird in Form einer eidesstattlichen Erklärung ausgedrückt.

Levitikus 19: 11-13; 15; 17

Goldene Regel als höchstes Gesetz:

*„Alle Menschen/Wesen als die Schöpfung selbst, sind mit universellen Rechten ausgestattet und niemand steht
zwischen ihnen und dem Schöpfer selbst. Nichts steht über diesem Gesetz.“
Für uns Menschen/Wesen ist dieses bis zu seiner Widerlegung das alleinig gültige Gesetz!*

Derjenige, der das Gesetz und den rechten Weg geht und erfüllt, darf keinen Nachteil haben.

Der Mensch, der seine Pflichten erfüllt, darf keinen Schaden durch Behörden erleiden.

Wer nicht antwortet , hat geantwortet.

Lex scripta ante omnia

*Taufschein/Treuhandurkunde Geburtsdatum: 14.11.1975 - Reg. Nr.: 11-'75 mit dem ruf (Vornamen der
Urkunde) :thorsten c/o P s y k o, als Inhaber unter der Diplomaten Nummer GZP-SJ-2594 laut can. 96*

Mit verbindlicher Hochachtung,

P s y k o ,

in propria persona sui iuris

Ich IST

gültig seit: zweiter sechster zweitausenddreißig (ex lege)

*geschrieben am: achtundzwanzig fünf zweitausendsechszwanzig
als geistlicher Vertreter und Hüter von Sancta Terra*